

Neue Plagiatsvorwürfe gegen SPD-Spitzenkandidatin Franziska Giffey

BERLIN – Fünf Wochen vor der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus sind neue Plagiatsvorwürfe gegen die SPD-Spitzenkandidatin und -Landesvorsitzende Franziska Giffey bekanntgeworden. Dabei geht es um ihre Masterarbeit, die die frühere Bundesfamilienministerin 2005 zum Abschluss ihres Studiums an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin schrieb.

Anatol Stefanowitsch, Professor für Sprachwissenschaften an der Freien Universität Berlin (FU), untersucht diese seit geraumer Zeit. Giffey habe auf 26 Seiten 62 Mal nicht korrekt zitiert und damit gegen wissenschaftliche Standards verstoßen, kritisierte er in einem Zwischenbericht. Zuerst hatte das Portal «t-online» darüber berichtet.

Die Überprüfung sei noch nicht abgeschlossen, sagte Stefanowitsch. Bisher seien auf etwa einem Drittel der Seiten Plagiate entdeckt worden. Unter anderem habe Giffey bei der Wiedergabe von Zitaten regelmäßig keine Anführungszeichen gesetzt. An 15 Stellen sei die Quellenangabe außerdem nicht korrekt gewesen.

Kein absichtlicher Täuschungsversuch?

Die Rechtsanwaltskanzlei Unverzagt, die Giffey vertritt, verwies auf dpa-Anfrage auf eine bei «t-online» veröffentlichte Erklärung. Ihre Mandantin habe die Masterarbeit «nach bestem Wissen und Gewissen gefertigt», so die Kanzlei. «Soweit sie hierbei unter Zugrundelegung wissenschaftlicher Standards wörtliche Übernahmen nicht hinreichend als solche kenntlich gemacht hat, geschah dies

ohne Absicht und insbesondere nicht zu dem Zweck, wissenschaftliche Erkenntnisse der jeweils Zitierten als eigene auszugeben.»

Nach einer Überprüfung von Giffey's Dissertation hatte die FU der Politikerin im Juni den Dokortitel entzogen. Der Doktorgrad sei durch «Täuschung über die Eigenständigkeit ihrer wissenschaftlichen Leistung» erworben worden, teilte die Hochschule damals zur Begründung mit. Im Mai war Giffey in Erwartung dieser Entscheidung als Bundesfamilienministerin zurückgetreten, hatte aber deutlich gemacht, dass sie ihre Ambitionen in der Landespolitik nicht aufgeben will.

3000 Menschen feiern «Freedom Dinner» am Flughafen Tegel

Berlin (dpa) – Rund 3000 Menschen sind in Berlin zu einem großen Picknick an ungewöhnlichem Ort zusammengekommen.

Auf einer Start- und Landebahn des früheren Flughafens Tegel nahmen sie an Tischen Platz, die so aufgestellt waren, dass sie aus der Luft betrachtet den Schriftzug «Berlin loves you» (Berlin liebt Dich) und ein großes Herz zeigten. Für Speis und Trank sorgten die Gäste selbst, im Angebot war laut Veranstalter aber auch ein «kleines kostenloses Catering». Unterschiedliche Künstler sorgten für ein buntes Kultur- und Musikprogramm.

Die Aktion wurde vom Senat und den Tourismusverantwortlichen der Stadt «Freedom Dinner» genannt. Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) hatte im Vorfeld erklärt, damit wolle Berlin nach vielen Monaten Corona-Pandemie das Zeichen setzen «Berlin ist zurück!».

Die Organisatoren der Tourismusagentur Visit Berlin sprachen von einem «Fest der Vielfalt und der Lebensfreude» und erhoffen sich dadurch auch Werbung für die Hauptstadt. Sie nahmen dafür nach früheren Angaben eine halbe Million Euro an die Hand.

Die kostenlosen Tickets waren den Veranstaltern zufolge in kurzer Zeit vergriffen. Ende Juli waren zunächst 2000 im Angebot, Anfang der Woche wurde das Kontingent noch einmal um 1000 erhöht.

Immer wieder Randalen: Jetzt macht Bezirk Mitte abends einen Park zu

MITTE – Mehrfach hat es während der Corona-Pandemie im Berliner James-Simon-Park gegenüber der Museumsinsel Auseinandersetzungen zwischen feiernden Besuchern und Polizisten gegeben. Manchmal dauerten sie bis in die Morgenstunden. Damit soll nun Schluss sein. Der Bezirk Mitte greift durch: Der Besuch des Parks ist ab Freitag nach 20 Uhr nicht mehr erlaubt. Wer sich nicht daran hält, riskiere ein Bußgeld, sagte der Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel am Donnerstag.

Der Bezirk erlasse eine entsprechende Allgemeinverfügung, die am Freitag in Kraft treten soll, sagte der Grünen-Politiker. Von Dassel hatte diese Pläne am Mittwochabend auf Twitter angekündigt und dabei auch mitgeteilt, die in den S-Bahnbögen am Park ansässigen Gaststätten seien dringend gebeten worden, keinen Alkohol zum Mitnehmen zu verkaufen. Künftig will der Bezirk außerdem darauf achten, dass das in der

Infektionsschutzverordnung festgelegte Alkoholverbot im James-Simon-Park eingehalten wird.

Mehr Streifen im Park

Von Dassel kündigte an, das Bezirksamt werde mehrere Streifen zu Kontrollen in den Park schicken. Sie sollen nicht erst um 20 Uhr dort aufkreuzen, sondern Besucher bereits vorher auf die neuen Regeln hinweisen. «Je voller und je aggressiver es wird, umso mehr muss durch Polizei ergänzt werden», sagte von Dassel. Wer nach 20 Uhr noch im Park angetroffen werde, müsse mit einem Bußgeld ab 25 Euro rechnen. Je nach Schwere des Delikts könne es aber auch deutlich höher ausfallen. Eine Umzäunung sei zunächst nicht geplant.

Erst am vergangenen Wochenende wurden Polizisten mit Flaschen und Steinen beworfen. In dem kleinen Park, in dem sich zeitweise rund 2500 Besucher drängten, wurden in der Nacht zum Sonntag 19 Polizisten verletzt.

Vorbilder in Frankreich und England

Berlin folgt damit dem Beispiel anderer europäischer Länder. In Frankreich etwa sind viele Parks generell nachts nicht zugänglich, andere waren in der Corona-Pandemie zwischenzeitlich ganz geschlossen. In England sind Parks häufig umzäunt und werden nach Sonnenuntergang abgeschlossen. In der Corona-Pandemie, in der viele Stadtbewohner ihre Grünflächen neu schätzen lernten, gab es mehrere «Respect Your Local Park»-Kampagnen, die dazu aufriefen, Müll mitzunehmen und sich anderen gegenüber respektvoll zu verhalten.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat die Ankündigung des Bezirks grundsätzlich begrüßt. Berlins CDU-Fraktionschef Burkard Dregger hingegen zeigte sich skeptisch. «Wir warnen vor unüberlegten Schnellschüssen im James-Simon-Park», sagte er der Deutschen Presse-Agentur. «Wie viele Grünanlagen will

Herr von Dassel noch sperren, in die Party-Besucher dann abwandern könnten?»

Umfrage unter 6300 Fluggästen: Passagiere am BER zufriedener als in Tegel

BERLIN – Der neue Hauptstadtflughafen BER stellt Passagiere nach Umfragen im Auftrag der Betreiber zufriedener als der alte Berliner Flughafen Tegel.

In den ersten Betriebsmonaten erhielt der neue Flughafen von Fluggästen die Durchschnittsnote 1,9. In Tegel war es im letzten vollständigen Betriebsjahr die Note 3,4, wie aus Angaben der Flughafengesellschaft hervorgeht. Das war vor Ausbruch der Corona-Pandemie, als Tegel völlig überlastet war. Wegen der bevorstehenden Schließung wurde nur das Notwendigste investiert.

«Fluggäste, die vom BER bereits abgereist sind, zeigen sich vom BER und dem Reisen unter Corona-Bedingungen zufrieden», hieß es bei den Betreibern. Gute Noten erhalten die Sitzmöbel und das kostenfreie WLAN in den Wartebereichen, aber auch die Sauberkeit der Toiletten sowie Freundlichkeit und Wartezeit an den Sicherheitskontrollen.

Dazu trägt bei, dass wegen der Corona-Beschränkungen zunächst am BER zunächst kaum jemand flog. Nur ein Bruchteil der erwarteten Passagiere nutzte den neuen Flughafen. Erst zum Sommer stiegen die Zahlen kräftig an; zwei der drei Terminals sind aber noch geschlossen.

Vor allem weil viele Urlauber zurückkehren, wurden am Freitag

rund 53.000 Fluggäste gezählt. Das Terminal 1 war damit mehr als zur Hälfte ausgelastet. An diesem Sonntag werden noch einmal mehr als 52.000 Passagiere erwartet.

Der Flughafen war Ende Oktober 2020 mit neun Jahren Verspätung und verdreifachten Kosten eröffnet worden. Von November bis April befragte ein Marktforschungsunternehmen mehr als 6300 Fluggäste vor dem Abflug vom BER.

Ein Ergebnis: Nahezu jeder Zweite war mit dem Auto zum Flughafen gefahren. Insgesamt 45 Prozent kamen mit dem eigenen Fahrzeug, einem Mietwagen, im Taxi oder sie ließen sich von Freunden oder Verwandten bringen. Ebenfalls 45 Prozent nutzten Bus und Bahn.

Als Ziel hatten die Betreiber jedoch ausgegeben, dass knapp 60 Prozent mit Bus und Bahn kommen, langfristig sogar 70 Prozent. Denn obwohl der BER einen eigenen Autobahnanschluss hat, gilt die Straßenanbindung als beschränkt. Umlandgemeinden fürchten Staus, wenn der Flugbetrieb unter Volllast läuft und sich am Standort mehr Unternehmen ansiedeln.

«Eine Anbindung des BER an das Hochgeschwindigkeitsnetz der DB mit ICE-Verbindungen könnte noch mehr Reisende von der Anreise mit der Schiene überzeugen und Reisezeiten verkürzen», hoben die Betreiber hervor.

Berliner Hochschulen planen Präsenzlehre im

Wintersemester

BERLIN – Die Berliner Hochschulen planen eigenen Angaben zufolge für das anstehende Wintersemester 2021/2022 mit einer Rückkehr der Studierenden in die Hörsäle.

«Im Wintersemester werden an den staatlichen, konfessionellen und privaten Hochschulen in Berlin wieder rund 200.000 Studierende erwartet», teilten die Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung sowie die Landeskonferenz der Rektoren und Präsidenten der Berliner Hochschulen mit. Mit so vielen Eingeschriebenen rechnen die Institute für das Semester.

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) appellierte indes eindringlich in einem Brief an die Studierenden, sich impfen zu lassen. «Mit drei Semestern nahezu gänzlich im Online-Studium und mit dem Verzicht auf Vieles, was das Studierendenleben ausmacht, haben Sie seit dem Ausbruch der Pandemie unter schwierigen Bedingungen einen großen Beitrag zur Bewältigung der Corona-Krise geleistet», heißt es darin. «Das verdient großen Respekt und dafür möchte ich Ihnen heute nochmals herzlich danken.»

Für die Rückkehr an die Uni sei eine hohe Impfquote die beste Grundlage. «Mit einer Impfung schützen Sie sich und Ihr Umfeld, und Sie unterstützen damit die Rückkehr auf den Campus im kommenden Wintersemester», schrieb Müller.

Zehntausende fordern in

Berlin auf Fahrrädern Verkehrswende

BERLIN – Mit einer Sternfahrt durch weite Teile Berlins haben am Sonntag Zehntausende Menschen mit ihren Fahrrädern für eine Verkehrswende protestiert. Die traditionelle Fahrrad-Sternfahrt des Fahrradclubs ADFC stand unter dem Motto: «Die Zukunft beginnt heute – Verkehrswende jetzt».

Der ADFC, der pandemiebedingt mit bis zu 15.000 Menschen gerechnet hatte, sprach am Sonntag von rund 20.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Die Polizei sprach entsprechend von einer niedrigen fünfstelligen Zahl. Auf Videos und Bildern war zu sehen, dass sich die Protestierenden weitgehend an die vom Verband vorgegebene Maskenpflicht hielten.

Autofahrer haben das Nachsehen

Von mehr als einem Dutzend Startpunkten am Stadtrand aus fuhren die Radler auf mehreren Strecken in Richtung Innenstadt zur Abschlusskundgebung zwischen Großem Stern und Brandenburger Tor. Auch aus Brandenburg machten sich Fahrradkolonnen auf den Weg nach Berlin. Teile der Strecken führten auch über die Autobahn Avus im Westen Berlins und über die Stadtautobahn in Tempelhof und Neukölln. Wegen vieler Straßensperren mussten Autofahrer große Umleitungen in Kauf nehmen.

Anlässe für die Sternfahrt am ersten Wochenende im Juni sind der Weltfahrradtag am 3. Juni sowie der Welttag der Umwelt am 5. Juni, wie der ADFC mitteilte. In Berlin gebe es «deutlichen Verbesserungsbedarf fürs Rad». Der Verband forderte eine konsequente Umsetzung des Mobilitätsgesetzes, das Fahrrädern und öffentlichen Verkehrsmitteln in der Verkehrsplanung Vorrang gibt vor dem Autoverkehr. Autoparkplätze sollten umgewidmet werden, um Platz zu schaffen für sicheres

Radfahren. Der laute und oft viel zu schnelle Durchgangsverkehr müsse «aus den Kiezen raus».

Illegale Prostitution: Schwerer Schlag gegen Schleuserbanden

BERLIN/BRATISLAVA – Bei zeitgleichen Durchsuchungen in Berlin und Bratislava sind zwei mutmaßliche Schleuserinnen festgenommen worden.

Ihnen werde gewerbsmäßige Einschleusungskriminalität vorgeworfen, sagte ein Sprecher der Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung Halle am Montagmorgen in Berlin. Die Festnahmen erfolgten demnach bei einem bundesweiten Einsatz gegen die organisierte Schleuserkriminalität. Rund 700 Beamte seien im Einsatz gewesen, hieß es. Der Einsatz dauerte am Morgen an.

Laut Bundespolizei wurden zeitgleich ab sechs Uhr am Montag 33 Objekte durchsucht – in Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Sachsen sowie in der Hauptstadt der Slowakei. Der Schwerpunkt des Einsatzes lag mit 16 Objekten demnach in Berlin. Dort sei auch eine der beiden Hauptbeschuldigten, eine vietnamesische Staatsangehörige, festgenommen worden. In Bratislava sei eine weitere Frau gestellt worden, hieß es. Die Frauen gelten als Drahtzieherinnen der Schleusungen, so der Sprecher der Bundespolizei. Bei der Beschuldigten aus Berlin handele es sich um eine vietnamesische Staatsbürgerin.

Die Frauen sollen Vietnamesen über konspirative Wohnungen in der Slowakei nach Deutschland geschleust haben. Es seien

«Schleuserlöhne» von 13.000 bis 21.000 Euro verlangt worden, so der Sprecher der Bundespolizei. «Da die Personen, dieses Geld nicht unmittelbar aufbringen konnten, sind sie gezwungen worden, den Schleuserlohn abzuarbeiten», so der Sprecher. Dies sei in Nagel- oder Massagestudios oder auch in sogenannten Bordellwohnungen geschehen.

Der Einsatz der Bundespolizeiinspektion für Kriminalitätsbekämpfung in Halle erfolgte nach Angaben des Sprechers im Auftrag der Generalstaatsanwaltschaft Berlin und der Staatsanwaltschaft Leipzig. Eingebettet sei dies in Ermittlungen der Polizeibehörde der Europäischen Union, Europol.

Bei den Durchsuchungen seien zahlreiche Dokumente, Datenträger sowie Bankverbindungen sichergestellt worden, hieß es von der Polizei. Von besonderer Bedeutung sei bei dem Einsatz der Opferschutz, so der Sprecher. Es seien knapp 50 Menschen in den durchsuchten Objekten angetroffen worden. Es werde geprüft, ob eine besondere Schutzbedürftigkeit vorliege, so der Sprecher. Speziell geschulte Beamte seien an dem Einsatz beteiligt.

Trotz Demo-Verboten: Kleinere Corona-Protteste in Berlin

BERLIN – Nach dem Verbot von zwei Demonstrationen von Gegnern der Corona-Politik in Berlin hat die Polizei am Samstag große Versammlungen zunächst verhindert. Ursprünglich waren 16.000 Menschen angemeldet gewesen.

Bis zum Nachmittag waren nach Schätzungen Hunderte Menschen nahe dem Brandenburger Tor und im Tiergarten unterwegs. Nahe dem Potsdamer Platz versammelten sich hartnäckig größere

Gruppen. Sie wurden mit Lautsprecherdurchsagen immer wieder aufgefordert, zu gehen und sich an die Corona-Regeln zu halten. Viele trugen keine Masken und hielten Abstände nicht ein.

Die Polizei stoppte Reisebusse und erteilte Platzverweise. Sie sperrte mit Gittern das Brandenburger Tor, die Siegessäule und die Straße des 17. Juni ab. Am Rande des Tiergartens war zu sehen, wie die Beamten die Personalien von Demonstranten aufnahmen. Nach Angaben der Polizei mussten bis zum frühen Nachmittag knapp hundert Menschen «in ihrer Freiheit vorübergehend beschränkt» werden. «Dazu zählten insbesondere Personenüberprüfungen und Platzverweise nach verschiedenen Verstößen», twitterte die Polizei. Später hieß es, es habe auch Festnahmen gegeben.

Am Freitagabend hatte das Obergerverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg das Verbot von zwei Demonstrationen bestätigt. Die negativen Erfahrungen aus der jüngsten Vergangenheit mit dem zu erwartenden Teilnehmerkreis aus der «Querdenker-Szene» rechtfertige die Annahme, dass gerade an den prominenten Orten der Stadt die notwendigen Hygienemaßnahmen nicht eingehalten würden, so das OVG.

Im Internetkanal Telegram hieß es am Samstag zu der unter «Pfingsten in Berlin» laufenden Aktion: «Wir geben nicht auf!» Auf Transparenten machten Demonstranten gegen die Bundespolitik Stimmung, Politiker wurden mit einer Puppen-Installation verhöhnt. Vertreten waren junge und alte Menschen, die Stimmung wirkte überwiegend friedlich, die Szenerie eher alternativ.

Die Demonstrationen waren für Samstag und Sonntag mit dem Titel «Für Frieden, Freiheit und Grundrechte» und jeweils 16.000 Teilnehmern angemeldet worden. Die Polizei hatte eine Reihe von Demonstrationen am Pfingstwochenende in der Hauptstadt mit der Begründung untersagt, frühere Kundgebungen hätten gezeigt, dass die Demonstranten bewusst die

vorgeschriebenen Masken und Abstände ignorieren würden. Alle Verbote wurden von den Gerichts-Instanzen bestätigt.

Ungeachtet der Gerichtsentscheidung plante die Polizei einen Großeinsatz mit rund 3000 Polizisten am Wochenende. Unterstützung kam aus anderen Bundesländern und von der Bundespolizei. Man müsse sich auch darauf einstellen, dass sich Demonstranten nicht an Verbote hielten, hieß es vorab.

Berliner Tierpark: Schock über Inzucht – die Eisbären wieder

BERLIN – Als Eisbärin Hertha in Berlin zu ihrem zweiten Geburtstag eine Torte mit ihren Lieblingsfrüchten Birne und Melone bekam, war die Welt für den Tierpark in der Hauptstadt noch in Ordnung.

Rund fünf Monate später steht nun fest: Der lang ersehnte Eisbären-Nachwuchs kommt aus einer Inzucht. Weitere Zuchtpläne liegen erst einmal auf Eis.

Mutter und Vater von Hertha kamen aus dem Moskauer Zoo und sind Geschwister, wie Zoo- und Tierparkchef am Dienstag Andreas Knieriem am Dienstag mitteilte. Eine Genanalyse habe Klarheit gebracht. Für ihn sei das «ein Stück weit unangenehm» und ärgerlich. Für viele im Tierpark sei die Nachricht ein Schock gewesen. Die gute Nachricht: Publikumsliebbling Hertha bleibe vorerst in Berlin, ebenso wie Eisbärenmutter Tonja.

Es ist eine Verwechslungsgeschichte mit weitreichenden Folgen. Die 2009 im Moskauer Zoo geborene Tonja sei dort nach ihrer Geburt vertauscht und falschen Papieren zugeordnet worden, so

Knieriem. Die Eisbärin, die 2011 in den Tierpark kam, soll nun keinen weiteren Nachwuchs bekommen, da die Abstammungslinie ihrer Eltern in Europa schon sehr stark repräsentiert sei. Herthas Vater Wolodja ist seit 2019 nicht mehr in Berlin, er sollte in einem niederländischen Tiergarten für Nachwuchs sorgen.

Eisbären gelten als Symbol für die bedrohte Natur auch durch den Klimawandel. In Freiheit leben noch geschätzt etwa 20 000 bis 25 000 der bedrohten Tiere. Viele Tiergärten wollen zum Erhalt der Art beitragen, indem sie sie als Botschafter für ihre wildlebenden Artgenossen zeigen. Sie sind zudem Publikumsmagneten. Der wohl bekannteste war Knut: 2006 geboren und per Hand aufgezogen, sorgte der Eisbär für einen großen Ansturm von Fans im Zoo im Westen der Hauptstadt. Er starb später an einer Gehirnentzündung.

Im Fall Tonjas waren der Biologin des Moskauer Zoos Marina Galeshchuk bei der Durchsicht von älteren Unterlagen widersprüchliche Angaben zum Geburtsdatum der Eisbärin aufgefallen. Bei einer anderen Eisbärenfamilie in Moskau war beinahe zeitgleich zu Tonjas Geburt ein weiteres weibliches Jungtier geboren worden.

Galeshchuk ist seit Sommer 2020 auch Koordinatorin des Europäischen Erhaltungs-Zuchtprogramms für Eisbären. In einer Mitteilung von Tierpark und Zoo wird sie mit den Worten zitiert: «Wäre uns das Verwandtschaftsverhältnis zwischen Tonja und Wolodja bekannt gewesen, hätten wir die beiden Eisbären selbstverständlich nicht für eine Zucht empfohlen. Das war ein Fehler.»

Tierschützer kritisieren seit langem die Eisbärenhaltung in Zoos. Schon 2013 hatte es Warnungen gegeben, dass Wolodja und Tonja verwandt sein könnten und nicht «zur Zucht missbraucht» werden dürften. «Es ist mehr als bedauerlich, dass die Befürchtungen seitens des Tierschutzes nun Jahre später bestätigt werden», erklärte James Brückner, Leiter des

Artenschutzreferats beim Deutschen Tierschutzbund. Die nun bekanntgegebene Verwechslung sei ein «Desaster für die ohnehin fragwürdigen Zuchtbemühungen für Eisbären in Zoos».

Zuchtprogramme in Zoos könnten zwangsläufig nur auf einen kleinen Genpool zurückgreifen, erklärte Brückner. Da Probleme wie hohe Jungtiersterblichkeit und Verhaltensstörungen mit der Haltung von Eisbären in Zoos einhergingen, forderte er, dass Zoos künftig auf Haltung und Zucht der Art verzichten. Der Schutz des Lebensraums in der Arktis und der Kampf gegen den Klimawandel seien die einzig erfolgversprechenden Möglichkeiten, um Eisbären vor dem Aussterben zu bewahren.

Der Tierpark hatte in den vergangenen Jahren schon mehrfach schlechte Nachrichten wegen der Eisbärenzucht zu verkraften. Mehrere Jungtiere von Tonja überlebten nicht – darunter der kleine Fritz, der 2017 überraschend an den Folgen einer Leberschädigung starb.

Achim Gruber, Direktor des Instituts für Tierpathologie an der Freien Universität, sagte laut Tierpark-Mitteilung, mit hoher Wahrscheinlichkeit sei ein Zusammenhang zwischen der Inzucht und dem Tod der Jungtiere auszuschließen. Am Dienstag antwortete Gruber auf die Frage, was die Inzucht für Hertha bedeute: «Nichts». Bei einem Fall von Inzucht in einer Eisbären-Generation seien keine negativen Folgen für Nachkommen zu erwarten.

Knieriem betonte, es gebe keine Schuldzuweisungen an die Moskauer Einrichtung. Es sei ein menschlicher Fehler passiert. Zudem habe es in diesem Fall Transparenz gegeben. In Berlin bekämen neu geborene Tiere einen Transponder, um Verwechslungen auszuschließen.

Eisbärin Hertha, benannt nach dem Berliner Fußballclub, wird auch künftig gut versorgt sein, versicherte eine Sprecherin. «Die Sponsoren stehen an unserer Seite.»

93 verletzte Polizisten in Berlin: 59 Festnahmen nach Gewalt-Demo der Hamas-Freunde

BERLIN – Bei der propalästinensischen Demonstration in Berlin-Neukölln sind am Samstag 93 Polizisten verletzt worden. Wie die Berliner Polizei mitteilte, wurden insgesamt 59 Menschen festgenommen – unter anderem wegen schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung, tätlicher Angriffe auf Vollstreckungsbeamte sowie Gefangenenbefreiung. Bei weiteren 150 Menschen seien die Identität festgestellt und Anzeigen gestellt worden.

Bei den vier angekündigten Demonstrationen gegen das Vorgehen Israels im Gaza-Krieg seien insgesamt rund 900 Einsatzkräfte im Dienst gewesen. Auf der Sonnenallee war es zu Gewalt gekommen, nachdem die Polizei die Versammlung wegen Verstößen gegen die Corona-Hygieneregeln für aufgelöst erklärt hatte. Demonstranten widersetzten sich und warfen Steine, Flaschen und Böller auf die Polizei, die Beamten setzten Pfefferspray ein.